

N i e d e r s c h r i f t

**der 19. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Innenausschusses am 14.01.2004**

öffentlich

Ort: Stadthaus (Kleiner Saal), 06100 Halle (Saale),
Marktplatz 2

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Peter Jeschke	HAL	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Marion Krischok	PDS	
Frau Marlies Schaffer	PDS	
Frau Hanna Haupt	SPD	bis 17:45 Uhr
Herr Andreas Nowotny	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Andre Scherer	SKE	
Herr Bernd Voigtländer	SKE	
Frau Gudrun Beitz		
Herr Eberhard Doege		
Herr Frank Helmenstein		

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Andreas Strauch	SPD
Herr Bernd Stemme	UBF
Herr Uwe Bendrig	SKE
Herr Ulrich Braun	SKE
Frau Petra Meißner	FDP
Frau Uta Balleyer	

Gäste:

Herr Wätzel	
Herr Heinz	zu TOP 4 a

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Mündliche Informationen
 - a) Auswertung der Ergebnisse zur Durchsetzung des Beschlusses Abschaltung der Straßenbeleuchtung
 - b) Erster Bericht zur Anlaufberatung "Netzwerk gegen illegale Graffiti"
5. Beantwortung von Anfragen
6. Anregungen
7. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die 19. öffentliche Sitzung des Innenausschusses wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Innenausschusses, **Herrn Jeschke**. Er wünschte allen Anwesenden ein erfolgreiches Jahr 2004, Gesundheit und Glück und weitere gute Zusammenarbeit. Die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Der Tagesordnung wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

T a g e s o r d n u n g :

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift

4. Mündliche Information
 - a) Auswertung der Ergebnisse zur Durchsetzung des Beschlusses Abschaltung der Straßenbeleuchtung
 - b) Erster Bericht zur Anlaufberatung „Netzwerk gegen illegale Graffiti“
5. Beantwortung von Anfragen
6. Anregungen
7. Mitteilungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

- ### zu 4 **Mündliche Informationen**
- a) **Auswertung der Ergebnisse zur Durchsetzung des Beschlusses Abschaltung der Straßenbeleuchtung**
 - b) **Erster Bericht zur Anlaufberatung "Netzwerk gegen illegale Graffiti"**

Protokoll:

zu 4 a **Auswertung der Ergebnisse zur Durchsetzung des Beschlusses Abschaltung der Straßenbeleuchtung**

Der amtierende Fachbereichsleiter Tiefbau/Straßenverkehr, **Herr Heinz**, berichtete u. a., dass die wohl am meisten umstrittenen Sparmaßnahmen im Wesentlichen abgeschlossen seien. Von ca. 23.000 Straßenleuchten wurden 9.884 abgeschaltet. Das entspreche einer Einsparung an Energiekosten von 726.000 € im Jahr und einer Leistungsreduzierung von 1.130 kW bei den 9.884 abgeschalteten Leuchten. Insgesamt habe es etwa 1.400 Bürgerbeschwerden oder Hinweise gegeben, die bearbeitet wurden und zur Folge hatten, dass 720 Zu- oder Umschaltungen nötig wurden. Die dabei entstandenen einmaligen Kosten beliefen sich auf 63.100 €. Die Bürgerbeschwerden seien rückläufig (ca. 3 – 5 Nachfragen täglich) und würden sich im Wesentlichen auf defekte Lampen beziehen.

Herr Doege informierte über die durchgeführten Kontrollfahrten mit Stadträten/innen am 11., 16. und 18. 12. 03, die von den Fraktionen der CDU, der PDS und der Unabhängigen Bürgerfraktion wahrgenommen wurden. Die durchgeführte Auswertung der Fahrten habe ergeben, dass es gegen die Art der Durchführung der Abschaltungsmaßnahmen keinerlei kritische Hinweise gegeben habe.

Frau Krischok entgegnete, dass es Kritikpunkte gab, z. B. in Tornau, die aber kurzfristig beseitigt wurden. Sie sprach sich lobend aus für die positive und unkomplizierte Realisierung.

Herr Godenrath würdigte ebenfalls die zeitnahe Reaktion der Verwaltung und stellte die Frage, ob es eine Vorschrift gäbe, wonach bei auf nicht beleuchteten Leuchten Aufkleber angebracht werden sollten. In Halberstadt sei dies geschehen.

Herr Heinz antwortete, dass es keine Rechtspflicht gäbe, aber der FB 66 gleichwohl der Frage noch einmal nachgehe.

Auf die Frage **Herrn Voigtländers**, ob es Unfälle gäbe, die auf ungenügende Beleuchtung zurückzuführen seien, antwortete **Herr Heinz**, dass es im Vergleich zum Unfallgeschehen in der Leipziger Straße, nur Einzelfälle gegeben habe, z. B. ein Unfall im Paulusviertel. Diese Unfallanzeige sei geprüft und an den Kommunalen Schadensausgleich weitergeleitet worden.

Herr Voigtländer teilte mit, dass in der Schwuchtstraße drei Leuchten über eine Woche nicht brannten und wollte wissen, ob ausfallende Leuchten kurzfristig repariert werden würden.

Herr Doege antwortete, dass gemäß Vereinbarung des FB 66 mit der EVH die Störungsbeseitigung innerhalb von vier Werktagen erfolge. Ausgenommen seien Kabelfehler oder Unfallschäden.

Zur Frage **Herrn Jeschkes**, ob es Fälle gäbe, dass Bürger die Stadt verklagt habe, teilte **Herr Heinz** mit, dass ihm nur ein Vorgang bekannt sei.

Frau Haupt würdigte die schnelle Reaktion der Verwaltung und verwies auf die Stadt Weimar, in der die Innenstadt gut beleuchtet sei, jedoch die angrenzenden Straßenzüge völlig dunkel seien.

Frau Schaffer wollte wissen, ob sie den Bürgern mitteilen könne, dass der Nutzen höher sei als der Aufwand. Dies wurde anhand der von Herrn Heinz eingangs ausgeführten Darlegungen bejaht.

Zum Hinweis **Frau Schaffers**, dass die Hauseigentümer angehalten werden sollten, die Hausnummern zu beleuchten, entgegnete **Herr Doege**, dass er dies für wenig sinnvoll halte.

Frau Schaffer verwies darauf, dass es immer noch unnummerierte Häuser gäbe.

Herr Helmenstein erwiderte, dass es diesbezügliche Kontrollen durch die Fachbereiche 32 und 62 gäbe. Der Innenausschuss erhalte in der nächsten Sitzung Mitteilung über die Zahl der durchgeführten Kontrollvorgänge.

Herr Misch regte an, im Amtsblatt ein Ergebnisbericht zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung zu veröffentlichen. Davon riet **Herrn Doege** ab, um Sachlichkeit in die Problematik einziehen zu lassen. Bei einer Presseinformation würde u. U. eine erneute Medienkampagne entfacht und ggf. eine Flut von widerstreitende Äußerungen nach sich ziehen.

Frau Krischok verwies auf ihre Anfrage im Monat Mai im Finanzausschuss bezüglich der Einschaltung von Parkleuchten in den Autos. Bisher habe sie in Halle dies noch nicht feststellen können. Ferner wollte sie wissen, ob bei Neu- bzw. Ausbau von Straßen an eine Optimierung der Straßenbeleuchtung gedacht sei.

Herr Doege antwortete, dass zum Teil die Beleuchtung auf der Grundlage der Ausschreibung erfolgen musste. In Heide-Süd zum Beispiel könne teilweise eine Beleuchtungsreduzierung nicht vorgenommen werden, weil diese noch in der Trägerschaft der SALEG liege.

Ferner wollte **Frau Krischok** wissen, ob in Kürze daran gedacht sei, den Prozentsatz der Energiesparlampen (derzeit 70 %) zu verändern. Seien bei den Leuchten Grenzen gesetzt?

Herr Doege antwortete, dass normalerweise alle Lampen die gleiche Fassung hätten. Die Stadt sei derzeit mit der EVH im Gespräch, eine Sortimentsbereinigung durchzuführen.

Herr Misch informierte, dass alle Lampen, die nicht Glühlampen seien, Energiesparlampen wären. Glühlampen gäben nur 5 % Licht und 95 % Wärme. Es gäbe in Halle keine Straßenleuchte, die mit Glühlampen bestückt sei. Herr Misch möchte wissen, welche Typen von Energiesparlampen in der Stadt im Einsatz sind.

Frau Krischok äußerte, dass Ursache von Unfällen zum Teil auf schlechte Wege- und Straßenverhältnisse zurückzuführen seien. Habe die Verwaltung daran gedacht, eine Prioritätenliste hinsichtlich der Verbesserung des Belages zu erarbeiten?

Eine Prioritätenliste gäbe es, so **Herr Heinz**. Die Stadt sei bemüht, das Straßennetz auf dem „bescheidenen Niveau“ zu halten.

Herr Doege ergänzte, dass die Verbesserung der Fußwegeverhältnisse nur im Komplex mit einer Straßenbaumaßnahme erfolgen könne.

Abschließend stellte **Herr Jeschke** fest, dass sich die Befürchtungen zur Beleuchtungsabschaltung nicht bestätigten und teilte mit, dass der Innenausschuss diesen Prozess weiter begleiten werde.

zu 4 b Erster Bericht zur Anlaufberatung „Netzwerk gegen illegale Graffiti“

Herr Doege informierte darüber, dass in der Beigeordnetenkonferenz im Monat September 2003 eine Beschlussvorlage zur Bildung eines „Netzwerk gegen illegale Graffiti“ eingebracht wurde. Die Stadtverwaltung sehe sich zum Handeln verpflichtet und habe bereits unterschiedliche Initiativen ausgelöst. So wurde als ein Sozialhilfeprojekt das Graffiti-Mobil eingerichtet, welches zur Ausbesserung von mit Graffiti geschädigten Gebäudeflächen eingesetzt werde. Es sollen auch Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs wirksam werden. Auf Initiative der Verwaltung hätten sich elf halesche Wohnungsunternehmen zusammengeschlossen, um die Möglichkeiten legaler Graffiti zu kanalisieren und eines Täter-Opfer-Ausgleichs zu eröffnen. Allerdings würden all diese Maßnahmen nur punktuell und damit eingeschränkt wirken. Schwerpunkte der Arbeit seien u. a.

- Sensibilisierung aller sich für die Stadt verantwortlich Fühlenden, das Thema illegale Graffiti als ihr ureigenstes Thema zu erkennen und sich deutlich gegen illegale Graffiti einzusetzen
- Abstimmung gemeinsamer und individueller Aktionen gegen illegale Graffiti
- Maßnahmen der Prävention und Repression als Einheit zu erkennen und danach zu handeln
- Verstärkung der Abschreckungswirkung durch Erhöhung des Verfolgungsdrucks, zügigere Ermittlungen und schnellere Bestrafung der Täter
- Informations- und Aufklärungskampagnen in den Schulen
- Erschließung zusätzlicher Finanzquellen zur Graffiti-Beseitigung

Um eine erforderliche Breitenwirkung zu erzielen, seien neben einiger Fachbereiche der Stadtverwaltung Institutionen und Unternehmen in diesem Netzwerk zu integrieren. Die Anlaufberatung habe am 04.12.03 stattgefunden, an der leider viele der von der Stadt erhofften Akteure nicht erschienen seien. In der Beratung wurden die Vorstellungen der Stadt im Groben dargelegt. So gehe es u. a. um den weiteren Ausbau der Präventions-

arbeit, insbesondere an Schulen, Einrichtung eines Internetprojektes „Graffiti“ der Stadt Halle. Man habe sich darüber verständigt, dass bis Ende Januar der Stadt Anregungen übergeben werden, die dann von der Verwaltung zusammengefasst und als Vorlage in die Beigeordnetenkonferenz eingebracht werden.

Gemäß Mitteilung des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt seien im Jahr 2003 (Stand 26.09.) bei der Staatsanwaltschaft Halle 789 Tatverdächtige wegen Graffiti-Delikten in der Strafverfolgungsstatistik registriert worden. Lediglich 5 % dieser Tatverdächtigen seien angeklagt worden. Laut Mitteilung sei in Halle ein Staatsanwalt ausschließlich für Graffiti zuständig. Die Stadt überlege, eine Graffiti-Hotline anzulegen. Der Innenausschuss werde regelmäßig informiert.

Herr Helmenstein teilte mit, dass voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar die Ordnungsamtsleiter größerer Städte Mitteldeutschlands einen Erfahrungsaustausch durchführen werden, der sich auch mit der Graffiti-Problematik befasst.

Herr Misch begrüßte es, dass ein Staatsanwalt ausschließlich für Graffiti verantwortlich sei und verwies auf eine diesbezügliche Anregung des Graffiti-Vereins.

Frau Schaffer ist der Ansicht, dass man die Graffitiszene nicht kriminalisieren solle.

Herr Doege verwies darauf, dass die Entscheidung einer Straftat der entsprechenden gesetzlichen Regelung unterliege.

Frau Schaffer fragte, ob sich Psychologen schon mit der Problematik beschäftigt hätten. Warum kommt es zu Graffitischmierereien?

Herr Jeschke verweist auf die Vergleichbarkeit gesellschaftlicher Zusammenhänge der Graffitischmierer- und der Drogenszene.

Herr Voigtländer wollte wissen, ob es aus anderen Städten Erfahrungen über freigegebene Flächen gäbe und wie sich das auf die Szenen auswirke.

Herr Doege antwortete, dass die Stadt Leipzig im großen Rahmen Flächen zur Verfügung gestellt habe. Dabei habe es eine Anhäufung von illegalen Graffiti gegeben. Deshalb werden freigegebene Flächen nur in Anwesenheit der Polizei besprayt, und nach Beendigung der Aktion müssen die Spraydosen eingesammelt werden. Die günstigste Form dieser Projekte sei, wenn diese auf Tafeln erfolgten, die transportabel seien, auch als Ausstellung genutzt werden könnten und durch Überstreichen wieder verwendbar seien.

Herr Scherer ist der Meinung, dass der Erfolg der repressiven Herangehensweise außerordentlich gering sei. Sinnvoll sei es, Flächen auszuschöpfen, die angeboten werden könnten, aber nicht nur für Graffiti. Hauptschwerpunkt müsse sein, über die Ästhetik zu diskutieren.

Frau Haupt ging um 17:45 Uhr.

Herr Doege verwies darauf, dass in bestimmte Eigentumsrechte Dritter nicht eingegriffen werden dürfe.

Herr Scherer gehe es um die Frage der Schwerpunktsetzung und des Umganges damit.

Herr Godenrath teilte mit, dass die Stadt bisher noch gar nicht dazu gekommen sei, repressive Maßnahmen anzuordnen.

Herr Jeschke sagte, dass es Herrn Scherer darum gehe, Straftaten zu vermeiden, im präventiven Bereich von der Motivation auszugehen.

Herr Doege teilte mit, dass die Stadt illegale Graffiti als Ausdruck einer Verwahrlosung in einer Stadt halte, zu der viele andere Dinge hinzukämen. Die Bevölkerung habe ein Recht darauf, dass die Stadt reagiere.

Frau Schaffer bat darum, in die Arbeit auch das Bekratzen von Straßenbahnen und Straßenbahnhaltestellen mit einzubeziehen.

zu 5 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bezug nehmend auf die Beantwortung der Anfrage des GB I zu den Einnahmen, die aufgrund der Veräußerung von Fahrzeugen erzielt wurden, wollte **Frau Schaffer** wissen, wofür diese Mittel verwandt werden (Haushaltskonsolidierung oder für Reparaturen von Fahrzeugen).

Frau Krischok bezog sich auf die Antwort zu den Ausgaben für Hundetoiletten. Sie habe nicht die Chance gehabt, in dem Vertrag mit der Stadtwirtschaft GmbH die 61.160 € zu finden. Es habe im Oktober eine Einschätzung von der Stadtwirtschaft gegeben, wonach die Ausgaben sich verdoppelt hätten, um den Vandalismus zu beseitigen. Sie möchte wissen, ob die Hundetoiletten in diesem Betrag enthalten seien. In der Zuarbeit sei die Rede von fast 500 € für Demontage/Wiederherstellung des Umfelds, Transport und die Neuaufstellung von Hundetoiletten an gleicher Stelle. Die Stadtwirtschaft jedoch spreche von 800 €. Sie bat die Verwaltung bei Vorliegen neuer Erkenntnisse, diese unaufgefordert den Stadträten mitzuteilen.

Frau Schaffer bat um schriftliche Aussagen über den Planansatz Winterdienst für die Jahre 2001, 2002, 2003 und die tatsächlich getätigten Ausgaben.

zu 6 Anregungen

Protokoll:

Frau Schaffer sei aufgefallen, dass seit einer Woche in der Glauchaer Straße (ehemals „Haus des Handwerk“) ein illegaler Schrottplatz (elektrische Hausgeräte) entstanden sei und bat um Prüfung.

Zur Frage **Herrn Sachers**, was bei stark alkoholisierten Personen, die sich im öffentlichen Verkehrsraum befänden, unternommen werde, verwies **Herr Doege** auf die Zuständigkeit der Polizei.

Zu der Frage **Herrn Jeschkes**, ob es möglich sei, eine zeitliche Begrenzung des Lieferverkehrs in der Kleinen Ulrichstraße vornehmen zu lassen, verwies **Herr Doege** darauf, dass es sich um dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße handele. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die in einer Ausschusssitzung von Frau Krischok gestellten Anfrage zur Kleinen Marktstraße.

Herr Voigtländer kritisierte, dass am Plusmarkt in Kröllwitz auf den Fußwegen der Fuchsbergstraße beidseitig geparkt werde, so dass für die Fußgänger ein Durchkommen sehr erschwerlich sei. Hinzu käme noch der Lieferverkehr.

Herr Helmenstein verwies darauf, dass die Stadt sich in ihrer Kontrolltätigkeit nur auf Schwerpunkte konzentrieren könne und bat Herrn Voigtländer, bei Feststellen von Ordnungswidrigkeiten die Leitstelle des FB 32, Tel. 2211345, anzurufen.

Frau Schaffer teilte mit, dass am Taxihalteplatz, der ordentlich ausgeschildert sei, wild geparkt werde. Sie bat um Prüfung, ob dort Blumenkästen hingestellt werden könnten.

zu 7 **Mitteilungen**

Protokoll:

Herr Doege informierte darüber, dass eine vom Vermessungsamt hergestellte Karte über die Einteilung von fünf Wahlbereichen jeder Fraktion zugestellt worden sei. Aus dieser Karte sei die Einteilung der einzelnen Wahlbereiche erkennbar. Sollte bei den Fraktionen weiterer Kartenbedarf bestehen, könnten diese angefordert werden. Die Kosten müssten die Fraktionen selbst tragen.

Ferner verwies **Herr Doege** auf die mit Wirkung vom 07.01.04 veränderten Öffnungszeiten der Bürgerservicestellen hin (siehe Anlage zum Protokoll). Er begründete die Veränderung u. a. damit, dass mit dem vorliegenden Fachkonzept des FB 33 ein Stadt erreicht worden sei, wonach es keinen Überhang des Personalbedarfs gäbe. Mit Einführung des Tarifvertrages sei ein Arbeitskräftefehl von 10 % eingetreten, der sich in den veränderten Öffnungszeiten niederschlage. Es seien aber immer noch Öffnungszeiten, die über denen der Großstädte lägen. Am Anfang des Jahres sei eine „Schlangenbildung“ an den Schaltern zu verzeichnen gewesen. Während der Betriebsferien erfolgte die Besetzung mit reduziertem Personalbestand. Im Amtsblatt seien die neuen Öffnungszeiten zeitig und mehrmals publiziert worden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Peter Jeschke
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin